

Frank Uekötter

50 Jahre BUND. Eine durchaus vorläufige Zwischenbilanz

Dieser Text ist das Manuskript des Festvortrags, den ich am 20. Juli auf einer Festveranstaltung des BUND in Marktheidenfeld gehalten habe. Er enthält keine Nachweise der Zitate oder Verweise auf die Literatur; versteht sich jedoch als Wortmeldung auf wissenschaftlicher Grundlage. Er wird auf diesem Weg zur weiteren Diskussion zur Verfügung gestellt.

Die Geschichte eines Umweltverbands nach einem halben Jahrhundert in der Gesamtschau zu betrachten ist zweifellos eine dankbare Aufgabe für einen akademischen Historiker. 50 Jahre BUND – das sind 50 Jahre voller Dynamik. Naturschutz und Umweltschutz sehen heute anders aus als 1975, Politik und Gesellschaft haben sich verändert, und natürlich hat sich auch der BUND selbst verändert: Von mehr als einer halben Millionen Mitgliedern bundesweit hat zum Beispiel in den ersten Jahren gewiss niemand geträumt. Zugleich geht es bei allen Veränderungen um eine Geschichte, die überaus lebendig wirkt. Wohin man auch schaut in den vergangenen 50 Jahren – vieles kommt einem unmittelbar vertraut vor: die Anliegen, die langen Kämpfe, die Leidenschaften und auch die Borniertheit bei jenen, die sich den nötigen Veränderungen entgegenstellten. Da kann man eintauchen in eine ereignisreiche Geschichte.

Zugleich ist die Aufgabe, die ich hier übernommen habe, aber auch eine Gelegenheit, sich einmal mitten im Hochsommer gehörig aufs Glatteis zu begeben. 50 Jahre BUND – das sind eine Menge Themen, eine Menge Konflikte und nicht zuletzt eine Menge Menschen; und wenn man versucht, dieser Vielfalt im Rahmen eines solchen Vortrags gerecht zu werden, dann kann man eigentlich nur scheitern. Deshalb sei hier gleich zu Anfang betont, dass es mir in diesem Vortrag ganz gewiss nicht um Vollständigkeit geht, um eine umfassende Zwischenbilanz mit allem, was wichtig war. Es gibt viele Dinge aus der facettenreichen Geschichte des BUND, die im Folgenden unerwähnt bleiben werden, und vor allem gibt es viele Menschen, die ich nicht erwähnen kann; denn für jeden Namen, der genannt wird, gibt es zehn weitere, die man eigentlich auch nennen müsste.

Was ich in den folgenden 50 Minuten versuchen möchte, ist etwas anderes: Ich möchte aus 50 Jahren BUND einmal ein paar Fäden herausziehen, die mir mit Blick auf die Gegenwart von besonderem Interesse zu sein scheinen: Situationen, Probleme, schwierige Entscheidungen – historische Ereignisse, bei denen wir merken, dass eine 50jährige Geschichte auch ein Schatz von Erfahrungen sein kann. Es geht mir also darum, die Geschichte des BUND einmal darauf abzuklopfen, was sie zu bieten hat mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre. Bei vielen aktuellen Themen lohnt es sich, einmal zu schauen, wie man damit zu anderen Zeiten umgegangen ist – nicht deshalb, weil man dann weiß, wie's laufen muss: Wenn etwas in den achtziger Jahren funktioniert hat, dann heißt das ja noch lange nicht, dass das auch im 21. Jahrhundert zum Erfolg führen wird. Aber man lernt beim Blick auf frühere Umgangsweisen

mit vertrauten Herausforderungen etwas über die Zusammenhänge, die man im Blick behalten sollte, und die Voraussetzungen für erfolgreiches Handeln, und nicht zuletzt lernt man, wie Entscheidungen nach einiger Zeit wirkten. Die Geschichte sagt ihnen nicht, was Sie heute oder in den nächsten Jahren tun sollten – aber 50 Jahre BUND sind auch ein Fundus, in dem man mit Gewinn stöbern kann, wenn man nach Inspirationen für den Umgang mit den Fragen der Gegenwart sucht.

Das Gründungsjahr 1975 erinnert in gewisser Weise frappierend an die gegenwärtige Situation des BUND. Wenn man die aktuellen Debatten in Politik und Medien verfolgt, drängt sich der Eindruck auf: Die Zeiten sind gerade nicht gut für Menschen, denen Umweltthemen am Herzen liegen. Da ist es vielleicht tröstlich zu erfahren: So war das auch, als der BUND gegründet wurde. Mit dem Jahr 1975 hatte der BUND ein ziemlich schlechtes Jahr gewählt, um einen Umweltverband zu gründen. Die Umweltgeschichte der Bundesrepublik ist auch eine Geschichte ständiger Pendelschwünge zwischen ökologischer Reformpolitik und Stagnation oder gar Rückschritten, und da war die zweite Hälfte der siebziger Jahre ganz eindeutig eine Zeit der Flaute. Ein paar Jahre früher hätte der BUND noch im Wind des Zeitgeists segeln können. Die Zeit um 1970 war in allen westlichen Ländern eine Zeit des Aufbruchs, ja die Zeit, in der der Umweltbegriff als Dachbegriff für ökologische Herausforderungen aller Art überhaupt erst in den Sprachgebrauch einging. Die neue sozialliberale Bundesregierung präsentierte 1969/70 das erste Umweltprogramm einer Bundesregierung, 1970 war Europäisches Naturschutzjahr, und 1972 fand in Stockholm der erste moderne Umweltgipfel statt. Das waren eine Menge ökologischer Hoffnungen und Erwartungen (auch die Sprache der Ökologie war damals neu und aufregend), aber das verlief sich recht schnell, und in der Bundesrepublik war zur Mitte der 1970er Jahre von Aufbruchsstimmung nicht mehr viel zu spüren. Seit 1974 hieß der Bundeskanzler Helmut Schmidt, dieser erhob die „Konzentration auf das Wesentliche“ zur Leitlinie seiner Regierungspolitik – und dass eine energische Umweltpolitik für Schmidt nicht zum „Wesentlichen“ gehörte, wusste man seit einer Klausurtagung auf Schloss Gymnich im Juni 1975, als Schmidt über die maßlosen Forderungen der Umweltschützer klagte. Es waren halt wirtschaftlich schwierige Zeiten, 1973 hatte die erste Ölkrise das Ende des langen Nachkriegsbooms besiegelt, 1979/80 kam die zweite Ölkrise, und da sorgten sich viele eher um die lahrende Konjunktur und die hohe Arbeitslosigkeit. Erst Anfang der achtziger Jahre wurde die Stimmung besser, als die Angst vor dem Waldsterben Menschen aus allen politischen Lagern bewegte; aber bis dahin musste der BUND erst mal kommen. In den ersten Jahren blies der Wind meistens streng von vorne.

Das dominierende umweltpolitische Thema der ersten Jahre war die Atomenergie. Damals begann die politische Kontroverse, die viele Jahre später zum Ende der nuklearen Stromerzeugung in Deutschland führte. Der BUND hat dabei eine wichtige Rolle gespielt, und wenn Sie jüngst auf der Interseite des Verbands die Rubrik „50 Jahre BUND“ angeklickt haben, dann wissen Sie, dass der Verband darauf stolz ist: Da gibt es zum Jubiläum fünf Meilensteine – einer davon ist der Atomausstieg. Aber so großartig wirkt die nukleare Kontroverse erst im

Wissen darum, wie die Sache ausgegangen ist. Für den BUND der siebziger Jahre war der Streit um die Atomenergie eine ziemlich ambivalente Erfahrung. Einerseits brachte das Thema Menschen auf die Straße und zum BUND, insbesondere in Baden-Württemberg, wo mit der legendären Bauplatzbesetzung von Wyhl am Kaiserstuhl ein erstes und durchaus charismatisches Zentrum der Proteste entstand. Andererseits gingen zu einschlägigen Demonstrationen auch eine Menge Linksextreme, die im Kampf gegen den Atomstaat auch Gewalt für legitim hielten. So sah sich der BUND gleich in seiner Gründungszeit mit einer eskalierten Debatte konfrontiert, und das war ziemlich ungemütlich für eine Gruppe, die zunächst in ihrer Mehrheit aus Naturfreunden bestand, die gewiss nicht auf einen Grundsatzkonflikt mit der Staatsgewalt aus waren. Hinzu kam etwas, was man mit Blick auf den letztlichen Erfolg der Anti-Atomkraft-Bewegung leicht vergisst: Zunächst machte der Protest zwar eine Menge Wind, aber in der Sache bewegte sich nichts. Der erste greifbare Erfolg der Anti-Atomkraft-Bewegung kam erst 1979, als der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht das Nukleare Entsorgungszentrum im Wendland stoppte, und auch das war ja zunächst nur ein Aufschub und keineswegs das Ende des Projekts.

Die Gründungsjahre des BUND waren keine einfache Zeit für den Umweltschutz und keine einfache Zeit für Aktive, und da kann man rückblickend schon die Frage stellen: Warum entstand dennoch 1975 ein neuer Umweltverband? Für die Gründerväter war die Antwort vermutlich ganz einfach: Es musste einfach sein. Nach dem Konsumrausch der Wirtschaftswunderjahre musste man als umweltbewusster Mensch nur um sich schauen, um zu sehen, dass es so einfach nicht weitergehen konnte. Es gab verschmutzte Flüsse, in denen niemand mehr schwimmen wollte; es gab Kohlekraftwerke, die massenhaft und ohne Filter Schwefeldioxid in die Luft schickten; die chemische Industrie entledigte sich der Dünnsäure, ein Abfallprodukt aus der Farbherstellung, indem sie die Dünnsäure einfach vor Helgoland in die Nordsee kippte; es gab immer mehr Müll, immer mehr Autos, immer mehr versiegelte Fläche und so weiter. Die ökologische Krise war in den siebziger Jahren keine abstrakte Formulierung, sondern eine unmittelbare Erfahrung. Dass die Umwelt verschmutzt war, das konnte man sehen, riechen, hören und schmecken.

So konnte es nicht weitergehen – das bezog sich auch auf das Netz der einschlägigen Verbände. Es gab längst in allen Teilen der Bundesrepublik Naturschutzverbände, die teilweise bis in die Zeit des Kaiserreichs zurückgingen, es gab auch seit 1950 den Deutschen Naturschutzring als Dachverband der zahlreichen Vereine, aber seit den frühen siebziger Jahren verbreitete sich unter Natur- und Umweltschützern ein Gefühl, dass all das nicht mehr ausreichte. Man brauchte neue, schlagkräftigere, agilere Verbände, die den einschlägigen Themen politische Virulenz verliehen. Ein großer Teil des Unmuts richtete sich auf den Deutschen Naturschutzring: Der galt vielen Aktiven als zu träge, zu staatsnah, zu konsensorientiert. Als Dachverband bemühte er sich sehr, auch konservativere Verbände bei der Stange zu halten, insbesondere die Jäger. Da brauchte einen neuen politischen Stil, mehr Unabhängigkeit, auch mehr Konfliktbereitschaft, und den konnte es mit dem Deutschen Naturschutzring, so wie er war, nun einmal

nicht geben. Es ging also um einen neuen Aufbruch – freilich ohne einen radikalen Bruch mit den bestehenden Strukturen. Es ist bezeichnend, dass der BUND gleich nach der Gründung die korporative Mitgliedschaft im Deutschen Naturschutzring beantragte und auch erhielt. Der BUND wollte den Natur- und Umweltschutz nicht neu erfinden, sondern auf neue Weise voranbringen.

Sehr schnell machte der BUND dann eine Erfahrung, die vermutlich jeder neue Verband früher oder später macht: Es gab die Vision, das Anliegen, die Magie des Aufbruchs – und es gab die Mühen der Ebene. Für einen neuen Umweltverband brauchte es tragfähige Strukturen, klare Aufgabenprofile und Menschen, die diese Aufgaben übernehmen wollten, es brauchte Netzwerke und finanzielle Mittel – und es brauchte ein Zugpferd, eine weithin bekannte Figur an der Spitze, die dem neuen Verband zu öffentlicher Sichtbarkeit verhalf. Das jedenfalls glaubte der BUND und hofierte deshalb den Mann, der gerade den Umwelt-Bestseller des Jahres 1975 geschrieben hatte: den CDU-Politiker Herbert Gruhl, Autor des Buchs „Ein Planet wird geplündert“. Im November 1975 wurde Gruhl zum ersten wirklichen Vorsitzenden des BUND gewählt – zuvor hatte ein paar Monate lang Bodo Manstein den Vorsitz übernommen – und die Zeit des Vorsitzenden Gruhl wurde dann vor allem zu einem Lehrstück darüber, wie schwierig es war, einen Verband zu führen, der schon damals eine große Zahl aktiver und selbstbewusster Mitglieder hatte. Gruhls Zeit als Vorsitzender sah kurz gefasst so aus, dass er vor allem sein Ding machte oder es jedenfalls versuchte. Herbert Gruhl war ein Mensch, bei dem man sich rückblickend schon ein wenig wundert, warum er eigentlich als Politiker Karriere machte und immerhin drei Legislaturperioden für die CDU im Bundestag saß, obwohl er eigentlich überhaupt nicht teamfähig war. Gruhl war ein eigensinniger Mensch, und sein Buch „Ein Planet wird geplündert“ drehte sich vor allem um Wachstumswahn und Umweltverschmutzung. Gruhl fremdelte mit dem Naturschutz und den Naturschützern, er bezog andere Vorstandsmitglieder kaum in die laufenden Geschäfte ein, und das wurde schnell zum Problem in einem BUND, in dem es eine Menge Alphamänner gab, die gerne loslegen wollten. Das Ende vom Lied war, dass Gruhl nach 18 geräuschintensiven Monaten eine Kampfabstimmung um den Vorsitz verlor, danach dem Vorstand erklärte, dass die Vertrauensbasis zerstört sei – und dann nahm Gruhl die Mitgliederkartei des BUND an sich und schrieb einen Brief an alle Mitglieder, in dem er seinen Austritt aus dem Verband erklärte.

Einen solchen Abgang wünscht man sich nicht für einen jungen Verband, aber die Folgen hielten sich in Grenzen. Einige Mitglieder folgten Gruhl und erklärten ebenfalls ihren Austritt, aber das waren nur wenige, und der Verlust wurde rasch durch einen stetigen Strom neuer Mitglieder ausglich. In der Gründungszeit konnte der BUND in jedem Jahr einen kräftigen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen, aber dahinter verbarg sich eine Phase, die von ziemlich vielen Querelen geprägt waren: Die Causa Gruhl war da nur einer von etlichen Konflikten. Das lief zeitweise so sehr aus dem Ruder, dass der neue Vorsitzende Gerhard Thielcke auf der Vertreterversammlung im November 1978 eine „dringende Bitte an alle Landesverbände [richtete], auftretende Meinungsverschiedenheiten oder Auseinandersetzungen mit anderen

Gruppen oder Verbänden im Umwelt- und Naturschutz nicht in der Öffentlichkeit auszutragen, um interessierten Kreisen keine Munition gegen uns zu liefern.“ So war das halt in den siebziger Jahren, nicht nur beim jungen BUND. Es wurde intensiv gestritten, oft über Stunden und nicht immer konstruktiv, dafür oft mit Hintergedanken – politisch aktiv zu sein, das war damals ziemlich oft ziemlich anstrengend.

Unter den Streitthemen gab es eines, das für die Zukunft des Verbands von zentraler Bedeutung war – nämlich die schlichte Frage, was für eine Art von Verband da eigentlich gerade gegründet worden war. Darüber gab es nämlich zunächst unterschiedliche Auffassungen, und der Historiker Jens Ivo Engels erkannte deshalb für den frühen BUND „eine skurrile Zwitterstellung zwischen Dachverband und Mitgliederorganisation“. Das hatte die kuriose Folge, dass die Bedeutung einer Mitgliedschaft im BUND je nach Landesverband zunächst unterschiedlich aussah. So gab es 1978 Landesverbände wie Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen, in denen jedes Mitglied im Landesverband zugleich Mitglied des BUND war, in Nordrhein-Westfalen waren dagegen nur 69 Prozent der Mitglieder zugleich bundesweit organisiert, in Baden-Württemberg waren es nur 16 Prozent – und dann gab es da noch einen Landesverband, der sich mit Mitgliedschaften auf Bundesebene noch schwerer tat. In Bayern gab es seit Jahrzehnten den mitgliederstarken Bund Naturschutz, und der war schon ziemlich nah dran an der Art von Umweltverband, die der BUND werden wollte: handlungsfreudig, politisch, offen für Aktive aus Bürgerinitiativen. 1970 hatte es im Bund Naturschutz eine Palastrevolte gegeben, als der amtierende Vorsitzende, seines Zeichens ehemaliger Regierungspräsident von Oberbayern, seinen Rücktritt erklärte und damit eine lange Tradition handzahmer staatsnaher Naturschutzarbeit beendete. Der neue Vorsitzende machte ordentlich Dampf, und Sie alle kennen seinen Namen: Das war Hubert Weinzierl, später von 1983 bis 1998 Vorsitzender des BUND, danach Ehrenvorsitzender und vor wenigen Wochen, am 16. Juni, verstorben im Alter von 89 Jahren.

So gab es also in den siebziger Jahren ganz verschiedene Landesverbände je nach Bundesland: Es gab jene, die erst einmal auf die Beine kommen mussten, es gab einige, die schon ganz gut unterwegs waren – und es gab Bayern. Das sortierte sich nach einigen Jahren aus, es war bald klar, dass der BUND ein Mitgliederverband war und kein Dachverband von Ländern, und an die Stelle des jährlichen Streits um Transferzahlungen zwischen den Landesverbänden standen ausgehandelte Verteilungsschlüssel. Dennoch griffe es zu kurz, in all dem nur vorübergehende Probleme der Gründungszeit zu sehen. Die großen Unterschiede zwischen den Landesverbänden wurden auch eine Schule für den Umgang mit interner Vielfalt, denn dabei lernte man nicht nur den Wert der bundesweiten Solidarität. Man merkte auch, dass es Vorteile hatte, wenn man es mit der bundesweiten Vereinheitlichung nicht zu weit trieb. Das scheint mir nämlich eine gelebte Einsicht zu sein, die für den Erfolg des BUND grundlegend war: Es brauchte schlagkräftige Umweltverbände auf allen Ebenen, und die konnte es nur geben, wenn man ein gewisses Maß von Autonomie zuließ. Gerade bei den Bundesländern sprach einfach viel dafür, den einzelnen Landesverbänden die Freiheit zu belassen, ihre eigenen Netzwerke zu entwickeln und auch eigene Prioritäten zu setzen, und das nicht nur, weil Naturschutz in Schleswig-

Holstein nun mal anders aussah als Naturschutz im Schwarzwald. Jedes Bundesland hat sein eigenes politisches Mikroklima, und da boten sich unterschiedliche politische Verhaltensstile an. In Nordrhein-Westfalen war der BUND zum Beispiel stark sozialdemokratisch eingefärbt, weil dort über Jahrzehnte die SPD regierte, seit 1980 mit absoluter Mehrheit – dagegen kam man zum Beispiel in Bayern nicht weit, wenn man die Beziehungen zu SPD-Politikern pflegte. Wie Sie alle wissen, sind es oft vor allem Behörden auf Landesebene, die für Fragen des Natur- und Umweltschutzes entscheidend sind. Da lag es nahe, auf eine gute Arbeitsbeziehung zu den entscheidenden Stellen hinzuarbeiten.

Damit habe ich gleich das nächste Thema erwähnt, das sich durch 50 Jahre BUND zieht: Wie sollte die eigentlich konkret aussehen, diese „gute Arbeitsbeziehung“? Der BUND entstand – wie erwähnt – als Reaktion auf einen staatsnahen Naturschutz, der nicht die Erfolge gebracht hatte, die man wollte, und auch nicht dem Habitus der Aktiven und politischen Stimmung in den siebziger Jahren entsprach: In dynamischen Zeiten wirkten Naturschutzverbände, die sich vor allem als Sprachrohr und verlängerter Arm der Staatsverwaltung verstanden, nur noch hoffnungslos peinlich. Aber zugleich gab es beim BUND ganz klar einen Zug zum konstruktiven Gestalten, zum Mitreden bei politischen Entscheidungen, und dazu brauchte es Gespräche. In dieser Hinsicht war der BUND ein echter Gegenentwurf zu Verbänden wie Greenpeace, die ganz auf plakativen Protest und spektakuläre Aktionen des zivilen Ungehorsams setzten, um die Mächtigen „wachzurütteln“. Natürlich protestierte auch der BUND in aller Öffentlichkeit und macht das bekanntlich bis heute, so etwa alljährlich bei „Wir haben es satt“ im Januar in Berlin. Aber es macht halt schon einen Unterschied, ob solche Aktionen das Kerngeschäft eines Verbands sind oder vielmehr Teil einer breit angelegten Strategie, für politischen Wandel zu kämpfen.

Wie sollte man also reden mit Vater Staat, ohne sich anzubiedern? In den siebziger Jahren gab es da insofern eine interessante Situation, als man sich da gar nicht groß bemühen musste. Der Staat wollte nämlich auch reden. Schon 1978 bekam der BUND eine Einladung nach Bonn in die Villa Hammerschmidt, wo es ein freundliches Gespräch mit dem Bundespräsidenten Walter Scheel gab – das passiert nicht jedem Verein, der drei Jahre alt ist und gerade mal 3000 Mitglieder zählt. Auch mit dem Bundesinnenministerium lief es zunächst prima, das jedenfalls berichtete Gerhard Thielcke auf der Vertreterversammlung 1979: „Mit Bundesminister Baum vom BMI befinde sich der BUND in völliger Übereinstimmung. Die Zusammenarbeit mit dem BMI sei bisher befriedigend.“ Es gab sogar konkrete Versprechen: Bundesinnenminister Gerhart Baum versprach dem BUND „seine Unterstützung im Kampf um das Verbandsklagerecht“. Tatsächlich dauerte es dann allerdings mit der Verbandsklage auf Bundesebene doch etwas länger. Sie kam dann erst zwei Jahrzehnte später mit der rot-grünen Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz 2002.

Trotzdem ist es schon erstaunlich, wie aufgeschlossen manche Politiker auf den noch jungen BUND zugehen. Das hatte auch parteipolitische Gründe, denn es gab damals eine Umweltpartei – und das waren nicht die Grünen, denn die wurden erst 1979/80 gegründet. Die

Umwertpartei der siebziger Jahre war die FDP und speziell deren linksliberaler Flügel; die Freiburger Thesen der FDP von 1971 enthielten ein emphatisches Bekenntnis zum Umweltschutz, das noch bis in die frühen achtziger Jahre nachwirkte. Andere Parteien zogen nach, und vor allem zogen Politiker nach, die sich mit energischer Reformpolitik profilieren wollten. Und das taten nicht sie einfach, weil sie sich um die bedrohte Umwelt sorgten – sie taten das, weil sie sich als energische Macher einen Namen machen wollten. Auch das ein Fingerzeig aus der Geschichte für alle, die heute Umweltpolitik machen wollen: Halten Sie Ausschau nach Politikern, die ein Ministeramt nutzen wollen, um sich einen Namen als Macher zu machen – also nicht jene, die viel auf Instagram posten, sondern jene, die tief einsteigen in die Materie, die sich in die wissenschaftlichen und juristischen Details vertiefen und die Stellenpläne und all die anderen kleinen aber wichtigen Dinge und die dann versuchen, mal wieder Zug in den Apparat zu bringen. Das war in den siebziger und achtziger Jahren ein ganz wichtiger Antrieb und ein wesentlicher Grund, warum sich in der Umweltpolitik so viel bewegte. Eigentlich waren die siebziger Jahre eine Zeit der Krisen, wo auf vielen politischen Feldern vor allem Krisenmanagement angesagt war – aber bei der Umweltpolitik konnte man noch ordentliche Reformpolitik legitimieren, da gab es gute Gründe für neue Gesetze, neue Stellen, neue Behörden, und wenn man das als Politiker sauber hinbekam, war das dann auch eine Empfehlung für Höheres. Es gibt in allen großen Parteien der Zeit Politiker, die Karriere machten, auch weil sie sich mal als energische Umweltminister profilierten: Max Streibl, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Matthiesen, Jo Leinen, Joschka Fischer, Monika Griefahn, Klaus Töpfer. Das ist eine ziemliche Liste erfolgreicher Politiker, und das sind alles Leute, die sich gerne mit Vertretern des BUND trafen. Klar machte der BUND in solchen Gesprächen Druck, aber das wollten solche Politiker ja, denn dann konnten sie zu ihren Parteifreunden gehen und sagen: Leute, so geht das nicht mehr weiter, hier müssen wir mal was machen.

Ein Vortrag über 50 Jahre BUND wäre jedoch unvollständig, wenn er nicht auch einen Blick auf die Basis wirft, auf die Orts- und Kreisgruppen in all ihrer Vielfalt. Ich bin mir sicher: Der Aufstieg von Natur- und Umweltschutz in den siebziger und achtziger Jahren hatte auch eine Menge damit zu tun, dass viele der einschlägigen Themen auf der lokalen Ebene greifbar waren: Naturschutzgebiete, Müllhalden, Verkehrsprojekte, vernachlässigte Parkanlagen, schmutzige Fabriken – wer mit offenen Augen auf die eigene Umgebung schaute, konnte ganz konkret erfahren, wie ökologische Kommunalpolitik das Leben besser machte, und ich bin mir sicher, dass das auch für viele Aktive im BUND eine wichtige Erfahrung war: Nichts beflügelt so sehr bei der politischen Arbeit wie das Gefühl, dass man etwas bewegen konnte.

Wenn man von den aufgeschlossenen Umweltpolitikern der siebziger und achtziger Jahre spricht, sollte man im Sinne der Vollständigkeit anfügen: Nicht jeder Umweltminister war ein begnadeter Reformpolitiker. Es gab auch Minister, die auf flüchtigen Aktionismus setzten und Minister, die die Dinge einfach laufen ließen; und ungerecht, wie die Welt nun einmal ist, machten auch die manchmal Karriere. Wenn Sie eben in meiner Aufzählung der energischen Umweltpolitiker den Namen Angela Merkel vermisst haben, Bundesumweltministerin von

1994 bis 1998: Nein, das war kein Versehen. Als Umweltministerin blieb Angela Merkel ziemlich unauffällig und ließ vor allem den Apparat laufen, und das hatte durchaus erhebliche Folgen etwa bei der Atompolitik. Frau Merkel hat verdammt Glück, dass sie bei der Atomkraft vor allem durch ihre Kehrtwende nach Fukushima im Gedächtnis blieb, denn davor war sie über fast zwei Jahrzehnte die vielleicht letzte Politikerin von Rang, die noch wirklich an die Atomenergie glaubte. Das hat der Atomwirtschaft zwar unterm Strich nicht viel gebracht, aber doch wesentlich dazu beigetragen, dass der Abschied von der Kernenergie so lange politisch kontrovers blieb. Es gab auch Politiker, die gar nicht mit dem BUND reden wollten, auch in der gerade erwähnten Umweltpartei FDP: Da gab es nicht nur den aufgeschlossenen Innenpolitiker Gerhart Baum, sondern auch einen Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl. Der meldete sich nämlich erst im Februar 1983 mit einer Einladung, da war er schon 13 Jahren im Amt, und es nahte eine Bundestagswahl, bei der es für die FDP knapp zu werden drohte. Das wusste man natürlich auch beim BUND, und da gab es dann kein Treffen mit dem Minister, sondern ein harsches Schreiben vom Bundesgeschäftsführer. Zitat aus der Absage: „Der BUND ist nicht bereit, an einer solchen Vorführung mitzuwirken.“

Von der Umweltpartei FDP blieb nach der Bonner Wende nicht viel übrig, in der Regierung Kohl profilierten sich die Liberalen auf andere Weise. Dafür gab es seit 1983 die Grünen im Bundestag, die sich allen Unkenrufen zum Trotz im bundesdeutschen Parteienspektrum etablieren konnten. Die achtziger Jahre wurden dann zu einer Zeit des Booms, beginnend mit der schon erwähnten Debatte über das Waldsterben, die ein wichtiger Türöffner für einschlägige Themen war. Anders als der Atomkonflikt, der die Gesellschaft gespalten hatte, ging die Sorge um den kranken Wald quer durch alle politischen Lager. Der Boom zeigte sich auch in den Mitgliederzahlen: Bis zum April 1982 hatte es der BUND geschafft, die Schwelle von 10.000 Mitgliedern zu überschreiten – nur vier Jahre später war man dann schon bei 32.000 Mitgliedern und am Ende des Jahrzehnts bei über 50.000. Aber bevor das jetzt zu rosig klingt: Auch in solchen Zeiten gab es ungemütliche Konflikte. Zu den grünen achtziger Jahren gehörte auch der Konflikt um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf, wo sich Anti-Atomkraft-Bewegung und Staatsgewalt in einem hässlichen Kleinkrieg verhakten, der sich über Jahre hinzog. Das wurde für den BUND zu einer Gratwanderung. Es brauchte für den Kampf „eine kreative Widerstandsweise“, Zitat Bund Naturschutz in Bayern im Dezember 1985 – aber zugleich auch die Bereitschaft, in brenzlichen Situationen nicht noch zusätzlich Öl ins Feuer zu gießen. Und dann gab es in den achtziger Jahren auch Themen, bei denen sich erst mal gar nichts bewegte, so etwa bei der Braunkohle im Rheinland. Es gab eine Menge Erfolge in den achtziger Jahren, darunter auch eine Menge ziemlich schneller Erfolge – aber das hatte auch eine Menge damit zu tun, dass Politik und Gesellschaft in früheren Jahrzehnten so nachlässig gewesen waren.

Auf den Boom der achtziger Jahre folgte in den frühen neunziger Jahren eine gewisse Ernüchterung. Es gab die Krisenstimmung nach der Wiedervereinigung, es wehte der harsche Wind der Globalisierung, und da kamen Natur- und Umweltschutz in der öffentlichen Debatte

vor allem als Investitionsbremse vor. Aus heutiger Sicht waren die Konjunkturen der öffentlichen Aufmerksamkeit freilich weniger bemerkenswert als die kreative Reaktion des Verbands. Er tat sich mit Misereor und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie zusammen und veröffentlichte 1996 die Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* – mitten hinein in die damalige Debatte über den Standort Deutschland, ohne Scheu, die Frage nach dem guten Leben und den wahren menschlichen Bedürfnissen zu stellen und mit scharfem Bewusstsein dafür, dass jede ökologische Politik Fragen nach Gerechtigkeit und sozialer Fairness aufwirft.

Das zukunftsfähige Deutschland wurde in dieser Studie im weltweiten Kontext diskutiert, und die Auswirkungen unseres Lebensstils auf die Länder des globalen Südens waren ein wesentliches Thema. Das war allerdings auch dringend nötig; denn der Boom der achtziger Jahre war dann doch ein sehr bundesdeutscher Boom gewesen. Hier und da schaute man schon mal über den Tellerrand, aber im Mittelpunkt standen deutsche Probleme und deutsche Lösungen. Bezeichnenderweise beschloss der BUND erst 1989 den Beitritt zu Friends of the Earth International, was schon damals als überfällig galt; ein Mitglied des Vorstands erklärte bei der Gelegenheit, dass „die internationale Arbeit [des BUND] eher auf Zufälligkeiten beruht.“ Mit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 wurde die Umweltdiplomatie auch öffentlich sichtbar, seither gibt es die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention, aber zur Internationalisierung gehört auch die wachsende Bedeutung der Europäischen Union. In den achtziger Jahren entwickelte sich Brüssel zu einem ernsthaften umweltpolitischen Akteur, bei einigen wichtigen Debatten, so etwa beim Feinstaub und bei den Nitraten im Grundwasser, kamen die entscheidenden Impulse von EU-Richtlinien, und deshalb war es nur konsequent, dass der BUND 1991 ein Büro in Brüssel eröffnete.

Neben der Internationalisierung gab es in den neunziger Jahren noch eine zweite große Baustelle, nämlich den Aufbau von Verbandsstrukturen nach der Wende in Ostdeutschland. Auch in der DDR hatte es in den achtziger Jahren eine lebhafte Umweltdebatte gegeben, aber unter ganz anderen Vorzeichen: Dort waren Umweltthemen vor allem ein Vehikel für den wachsenden Unmut in den letzten Jahren des Realsozialismus. Es gab 1989 zahlreiche agile Umweltgruppen, übrigens keineswegs nur unter dem Dach der Evangelischen Kirche, aber das führte dann keineswegs geradlinig zu einer ähnlich lebendigen Verbandslandschaft nach der Wende. Das lag gewiss nicht nur an der Wiedervereinigung, denn die Entwicklung in der späten DDR entsprach dem typischen Muster in Ostmitteleuropa: vielfältige, mitunter scharfe Umweltkritik vor 1989 – und dann schwache Verbände nach 1990. Dahinter steckten nicht nur die gesellschaftlichen Folgen der tiefen Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft, es lag wohl auch daran, dass eine offene demokratische Gesellschaft einen ganz anderen politischen Habitus brauchte als die realsozialistische Diktatur. In der späten DDR konnte man einfach protestieren, eine Eingabe schreiben, die SED-Bonzen mit Nadelstichen ärgern, das half auch beim Abbau des täglichen Frusts – nach der Wende konnte man plötzlich mitreden, neue Gesetze und neue Institutionen mitgestalten, ja überhaupt mit Behörden und Medienvertretern ein vernünftiges Gespräch führen, alles Dinge, die man zu DDR-Zeiten nie für möglich

gehalten hätte. Und wo lernt eigentlich demokratische Umweltpolitik, wenn man so etwas noch nie gemacht hat?

Es gab einen Umweltverband, der nach der Wende forsch ans Werk ging und die bestehenden ostdeutschen Umweltgruppen förmlich einsammelte – aber das war nicht der BUND, sondern der Deutsche Bund für Vogelschutz, wenig später umbenannt in NABU. Der BUND agierte in dieser Situation eher behutsam, man setzte vorzugsweise auf Gruppen, bei denen die Initiative von Ostdeutschen kam, und wenn Westdeutsche in die neuen Bundesländer gingen und beim Aufbau neuer Strukturen halfen, dann waren das persönliche Wege. Ich vermute, dass hinter dieser Linie auch eine Abneigung gegenüber jenem Weg stand, der im Rest des wiedervereinigten Deutschlands dominierte. Wohin man auch schaute, bei den Behörden, den Universitäten, den verbliebenen Industriebetrieben – überall kamen Fachleute aus dem Westen, die genau wussten, wie man etwas „bei uns“ machte, und die sich dabei um ostdeutsche Befindlichkeiten nicht groß kümmerten. Einen solchen Versuch, die neuen ostdeutschen Umweltverbände mit Kadertruppen im Schnellverfahren auf Linie zu bringen, hat es beim BUND nicht gegeben; aber das hieß halt auch, dass sich viele ehemalige DDR-Bürger erst einmal mühsam orientieren mussten. Auf der Website des BUND Thüringen zum 35jährigen Jubiläum findet sich zu den Jahren nach der Wiedervereinigung der schöne Satz: „Es war eine Wahnsinnszeit“ – eine wunderbar schillernde Bemerkung, die einerseits die Magie des Aufbruchs und der neuen Freiheiten erahnen lässt, aber auch das rückblickende Wissen, dass das schon ein ziemlicher Ritt mit steilen Lernkurven gewesen ist. Und mitten hinein in diese Turbulenzen dieser Zeit kam dann auch noch 1994 das Debakel um das Pumpspeicherwerk der VEAG im thüringischen Goldisthal. In geheimen Verhandlungen hatte der BUND Thüringen einen Deal mit den Bauherren ausgehandelt und eine anhängige Klage gegen eine millionenschwere Spende für eine Naturschutzstiftung zurückgezogen – dafür gab es gute Gründe, nicht zuletzt prozess-taktische, aber als das öffentlich bekannt wurde, war die Kritik verheerend: Der BUND schien käuflich zu sein, und alle Hinweise, dass die Angelegenheit in Wirklichkeit schon etwas komplizierter war, machten die Sache eher noch schlimmer. Es ist rückblickend schon ziemlich fatal, dass diese unangenehme Geschichte ausgerechnet von einem ostdeutschen Landesverband losgetreten würde, also von Menschen, die in dieser Zeit unheimlich viel lernen mussten, über sich selbst und ihr Selbstverständnis nachdenken mussten und dabei eigentlich jedes Recht auf Fehler gehabt hätten.

Mit dem Abstand von drei Jahrzehnten kann man die Vermutung wagen: Ein solcher Skandal hätte den BUND früher oder später ohnehin erwischt – Goldisthal war da nur ein letztlich beliebiger Anlass. Das lag am Jagdfieber der damaligen Journalisten, die nach all den Umweltskandalen der siebziger und achtziger Jahre merkten, dass nach der Wiedervereinigung investigative Geschichte in umgekehrter Richtung zogen. „Geldmaschine Greenpeace“ hieß 1991 eine Titelgeschichte des *Spiegel*, 1995 folgte ein *Spiegel*-Geschichte über den „Feldzug der Moralisten“ und den Trend „vom Umweltschutz zum Öko-Wahn“. Da war klar, dass irgendwann auch der BUND dran war, und wo kriegt man einen Umweltverband besser als beim

Geld. Für Vergleichsverhandlungen gab es keine Patentlösungen, die man am grünen Tisch entwickeln konnte, gleiches galt für Sponsoring, Großspenden, Transparenzregeln, und natürlich war das alles auch so eine Art Kulturbruch für einen Verband, der mit viel ehrenamtlichem Engagement groß geworden war. In den frühen Jahren war die Unabhängigkeit des Verbands noch kein großes Thema gewesen, dafür war die Haltung vieler Gründerväter viel zu eindeutig: Niemand wäre auf die Idee gekommen, dass zum Beispiel ein Horst Stern käuflich gewesen wäre. Aber mit dem Wachstum des Verbands und der immer größeren Zahl der Themen brauchte es allgemeine Regeln, auch wenn sich das irgendwie seltsam anfühlte in einem Verband, der nach wie vor von viel Idealismus getragen wurde. Unabhängigkeit gab es nicht zum Nulltarif, sie musste immer wieder neu definiert und gepflegt werden, nicht zuletzt mit Seitenblick auf konkurrierende Verbände, die es in dieser Hinsicht nicht immer ganz so genau nahmen.

Das Resultat sehen Sie heute auf der Internetseite des BUND. Da gibt es eine eigene Rubrik „Transparenz“, wo Sie zum Beispiel die Gehaltsstruktur des Bundesverbands und die Zahl der Mitarbeiter finden können als eine von zehn zentralen Informationen, die nach den Leitlinien der Initiative Transparente Zivilgesellschaft in einfacher Form zugänglich sein sollten. Das ist alles gut und wichtig; aber inzwischen stellt sich durchaus die Frage, ob solche Regeln eigentlich noch ihren Zweck erfüllen. Ist das mehr als eine läppische Pflichtübung, wenn die Verschwörungstheorien und die Falschinformationen fröhlich durch die sozialen Medien wabern? Wenn es eine Gewissheit aus 50 Jahren BUND gibt, dann wohl die, dass man sich nie zu sichern sein sollte, wie es laufen muss. Spielregeln im Verband veränderten sich, Problemstellungen veränderten sich und der Gesamtzusammenhang der bundesdeutschen Demokratie veränderte sich erst recht. Veränderung ist nie einfach; aber in der jüngsten Zeit mischt darin doch etwas Neues, nämlich ein Gefühl, dass wir nicht einfach Veränderung erleben, sondern Niedergang. Demokratische Selbstverständlichkeiten im Umgang mit der politischen Konkurrenz sind nicht mehr selbstverständlich; wissenschaftliche Forschung und faktenbasierte Meinungsbildung stehen unter Druck; rechtspopulistische Parteien erzielen Wahlergebnisse, bei denen man damit rechnen muss, dass sie vielleicht demnächst Teil einer Landes- oder Bundesregierung werden.

Ich möchte diesen Vortrag deshalb schließen mit fünf Überlegungen, was es eigentlich für einen Verband wie die BUND bedeutet, Natur- und Umweltschutz zu betreiben in einer Zeit, in der Demokratie nicht mehr selbstverständlich ist. Das versteht sich als Ergänzung zu all den laufenden Diskussionen, die auch im BUND geführt werden und geführt werden müssen. Es gibt kein Patentrezept in dieser Zeit, und das Wichtigste sind wohl ohnehin nicht irgendwelche Rezepte, sondern die Bereitschaft, Rückgrat zu zeigen, wenn jemand Grenzen überschreitet und dann klipp und klar zu sagen: so nicht – nicht mit uns – nicht in diesem Verband. Aber ich glaube, man kann aus 50 Jahren Verbandsgeschichte auch etwas über die neue Bedrohung von rechts lernen; und dazu die folgenden fünf Punkte.

Es ist tatsächlich eine NEUE Bedrohung. Eine Partei wie die AfD hat der BUND tatsächlich noch nie erlebt; und das will etwas heißen nach 50 Jahren Parteiendemokratie. Bislang konnte der BUND davon ausgehen, dass alle Parteien, die im Bundestag vertreten waren, die Umweltproblematik grundsätzlich ernst nahmen und dass sie wissenschaftliche Befunde nicht einfach ignorierten. Natürlich gab es Unterschiede im umweltpolitischen Engagement, es gab auch populistische Kampagnen – denken Sie etwa an die Kampagne der Unionsparteien gegen die Öko-Steuer zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung – aber all das verblasst im Vergleich mit einer AfD, die den Klimawandel nicht für menschengemacht hält und die Dekarbonisierung einfach abblasen will. Es ist eine gute bundesdeutsche Tradition, mit allen zu reden, auch und gerade mit Menschen, die sich in Grenzbereichen bewegen, und der BUND hat von dieser Kultur des Gesprächs enorm profitiert und enorm dazu beigetragen – aber man sollte es sich sehr überlegen, ob man reden will mit Leuten, die sich auf einer ganz anderen Gesprächsgrundlage bewegen.

2.

Auch wenn es seltsam klingt: Kompetenz kann eine Bürde sein. Ein Verband wie der BUND ist in öffentlichen Debatten strukturell im Nachteil, weil er weiß, wie kompliziert viele Probleme und ihre Lösungen sind. Wenn jemand den Klimawandel zur Lüge erklärt, dann ist das zwar Blödsinn, aber halt auch wunderbar einfach – und da kommt man schnell in die Defensive, wenn man kompetent und differenziert argumentieren will. Da könnte man sehnsüchtig zurückschauen auf die frühen Jahre des BUND, als das alles noch viel einfacher war, als man Umweltpolitik noch mit einfachen Parolen machen konnte: Filter für dreckige Kraftwerke! Keine Chemie im Essen! Atomkraftwerke abschalten! Aber Vorsicht: Richtig einfach war Umweltpolitik auch damals nicht, aber sie wurde so präsentiert; und wer es genauer wissen wollte, konnte dann tiefer einsteigen. Ich erwähne hier nur die Aktion „Rettet die Vögel“ der späten siebziger Jahre, die erste große Kampagne des BUND, die ganz wesentlich dazu beitrug, dass der Verband in einer schwierigen Zeit auf die Beine kam und ein erstes Erfolgserlebnis hatte. Wenn man den Band „Rettet die Vögel“ zur Hand nimmt, sieht man: Es ging da nicht um possierliche gefiederte Freunde, sondern um eine Einführung in das ökologische Denken, in die natürlichen Zusammenhänge, die man verstehen musste, um vernünftigen Natur- und Umweltschutz zu betreiben. So ähnlich kann es vielleicht auch gehen bei den komplexen Themen wie Energiewende, Verkehrswende, ökologische Landwirtschaft: keine Angst vor Klarheit und Einfachheit bei den politischen Lösungen und bei der Vermittlung dieser Lösungen! Und wenn es einigen dann vielleicht zu einfach wird, dann kann man den Leuten ganz gewiss helfen.

3.

Demokratie ist etwas Fragiles, Demokratie ist nicht einfach, und gerade deshalb braucht es eine Solidarität aller Demokraten, auch wenn sie anderer Meinung sind. Das klingt ganz einfach, bis man merkt, was das konkret bedeuten kann – nämlich zum Beispiel, dass auch ein Verband

wie der BUND sich solidarisch fühlen sollte mit Klimaklebern und anderen Menschen, die zivilen Ungehorsam praktizieren. Ich sage das mit der Vermutung, dass es hier im Saal vermutlich eine Menge Leute gibt, die unheimlich genervt sind vom schlichten Aktivismus von Gruppen wie Letzte Generation: einfach auf die Straße setzen, um Menschen aufzurütteln, mein Gott, da sind wir doch nun wirklich weiter. Aber inzwischen gibt es millionenschwere Schadenersatzforderungen gegen die Klimakleber, und zwar ganz konkret als juristische Forderung, und da werde ich als Historiker hellhörig. Denn Entschädigungsforderungen an protestierende Menschen – die gab es schon mal. Zum Beispiel damals in Wyhl, beim legendären Atomprotest. Als sich Landesregierung und Bürgerinitiativen nach dem Ende der legendären Platzbesetzung am Verhandlungstisch trafen, da forderte die Betreiberfirma einen finanziellen Ausgleich für die kostspieligen Verzögerungen, und das ganz konkret, mit einer schwindelerregenden Zahl: Die Forderung an die Anti-Atomkraft-Demonstranten belief sich auf 856 Millionen Mark. Das ging damals glimpflich aus, es gab erst ein langes Schweigen, und dann meldete sich ein Verhandlungsführer der Bürgerinitiativen, der im Hauptberuf Landmaschinen verkaufte. Der fragte in die atemlose Stille am Verhandlungstisch mit bolleriger Stimme: „Ja, 856 Millionen Mark, ist das jetzt mit oder ohne Mehrwertsteuer?“ Damit war die Sache erst mal vom Tisch, später gab es dann auch einen förmlichen Verzicht auf Schadenersatzforderungen in der Offenburger Vereinbarung – aber da sehen Sie, wie schnell eine Sache, die zunächst mal ganz banal und für den BUND unwichtig klingt, in Wirklichkeit hochbrisant sind. Wenn solche Schadenersatzforderungen einreißen, dann ist das eine existentielle Bedrohung für jeden, der eine Bürgerinitiative gründen will und erst recht für einen Verband wie den BUND. Da muss man zusammenstehen gegen Anwaltskanzleien, die solche Forderungen bearbeiten, das ist wirklich ein Fall von "wehret den Anfängen" – und da muss man dann durch, auch dann, wenn einem diese naiven jungen Leute, die da auf der Straße sitzen, gehörig auf den Wecker gehen.

4.

Reden Sie über Erfolge – nicht nur, weil sie damit Ihren Verband profilieren können, sondern auch als Dienst an der Demokratie. Wenn wir bei Geschichte und Gefahr von rechts sind, dann kommen wir meist schnell zu Aufarbeitung, zu rechtem Gedankengut, zu Altlasten aus der Nazi-Zeit (und wie Sie vielleicht wissen, habe ich zu dieser Aufarbeitung auch selbst einiges beigetragen). Das ist alles gut und wichtig, aber es ist nur der eine Teil. Politik muss frei sein von diskriminierenden Tönen, aber sie muss auch liefern: Sie muss zeigen, dass sie in der Lage ist, Probleme anzugehen, einzuhegen, in den Griff zu bekommen, ohne dass deshalb jemand unerträgliche Härten erleidet. Demokratie muss liefern, und sie KANN auch liefern. Es ist nämlich gar nicht so leicht, ein gut gepflegtes Naturschutzgebiet zu schaffen, scharfe Grenzwerte zu erlassen und umzusetzen, Infrastrukturprojekte zu verhindern oder umweltverträglich umzuplanen. Wir wissen aus der Geschichte, dass es sich autoritäre Regime in solchen Situationen gerne einfach machen. Da werden dann halt irgendwelche Falschinformationen in die Welt gesetzt, da werden Daten gefälscht und Verfahren ausgehöhlt oder Belastungen auf jene

abgewälzt, die nicht zum eigenen Machtkartell gehören. So etwas geht in freiheitlichen Demokratien nicht so leicht, und deshalb können sie bessere Lösungen bieten, und darüber sollten wir viel mehr reden: 50 Jahre BUND sind auch eine Leistungsschau für all das, was Demokratie bewegen kann.

5.

Erfolge sind schön, aber man kriegt sie nicht einfach so. Sie alle kennen die Mühen der politischen Ebene, Sie alle wissen, was Max Weber meinte mit seiner vielzitierten Bemerkung, Politik bedeute das „starke langsame Bohren von harten Brettern“. Bei den Themen des Natur- und Umweltschutzes gibt es jedoch einen Trumpf, den der BUND schon sehr früh entdeckte und seither beharrlich pflegt: die gründliche, wissenschaftlich fundierte Sacharbeit. Die Arbeitskreise des BUND, die Sie alle kennen, die gab es schon ganz am Anfang, gleich 20 an der Zahl für das ganze Spektrum der Themen, sie waren schon in der ersten Satzung verankert, und das war seither der verbandsinterne Balancierstab schlechthin. Was immer der BUND tat – es musste von der Sache her Sinn machen, und das prüfte man am besten durch einen Kreis von Frauen und Männern, die etwas von der Sache verstanden. Es ist bemerkenswert, wie früh man das im BUND als eine eigene Stärke empfand, gerade auch in Konkurrenz zu anderen Umweltverbänden. Mustergültig zeigte sich das auf einer Vertreterversammlung 1979, als es darum ging, wie man sich gegenüber den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) profilieren könnte. Der BBU zielte auf die gleiche Klientel, die neuen Bürgerinitiativen und ihr Umfeld, er war auch noch drei Jahre älter als der BUND, aber – Zitat aus dem Protokoll von 1979: „Der BBU habe zwar gut argumentierende Leute, bei den meisten seiner Aktionen fehle jedoch der Sachverstand. [Das Mitglied] bescheinigt dem BBU unbedingt politische Aktionsbereitschaft, vermisst aber den ausreichenden Sachverstand.“ Natürlich arbeiteten die Arbeitskreise des BUND erst mal nach innen, aber auf Dauer merken es Menschen, wenn ein Verband solide Arbeit macht und fundierte Argumente liefert, und manchmal wird das auch offenkundig: Als der BUND nach Tschernobyl eine eigene Strahlenschutzkommission berief, liefen bald die Telefone heiß, weil viele besorgte Menschen der Expertise des BUND mehr trauten als den Verlautbarungen der amtlichen Stellen. Nicht zuletzt war gründliche Sacharbeit ein Motor der Veränderung, neue Erkenntnisse verlangten neue Wege, neue Prioritäten, manchmal auch Abschiede von vermeintlichen Gewissheiten. Natürlich: Es gab und gibt keinerlei Garantie, dass gut begründete Vorschläge dann auch tatsächlich aufgegriffen und umgesetzt werden, vieles von dem, was in unserem Land jeden Tag gesagt und getan wird, steht im Widerspruch zum Stand der naturwissenschaftlichen Forschung – aber nach 50 Jahren BUND ist der Wert des Sachverstands völlig offenkundig. Über 50 Jahre gab es im BUND eine Menge Menschen, die mit Herzblut und Idealismus bei der Sache waren, es gab eine Menge Freunde in der Politik, in Behörden, in der Wissenschaft, in den Medien, es gab viele Menschen, die all das durch Mitgliedschaften und Spenden unterstützen wollten – aber es galt eben auch: Wenn der BUND

über all die Jahre so viel bewegte, dann lag das auch daran, dass er ziemlich oft ziemlich gute Argumente hatte.